GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Vertreter der Postgewerkschaften aus Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Griechenland, Slowenien, Österreich, Kroatien, Serbien und Ungarn haben sich am 29. / 30. Januar 2009 in Budapest getroffen.

Die Tagung wurde im Rahmen des Nationalen Sozialen Dialogs von der ungarischen Postás Szakszervezet als internationale Postkonferenz organisiert. An der Veranstaltung haben auch die Mitglieder des Steering Commitees von UNI Post und Logistics teilgenommen.

Begrüßt werden konnten Staatssekretär Dr. László Herczog, Abteilungsleiter Dr. Gábor Szabolcs Kőrösi, Dr. Zita Gurmai und Edit Herczog Abgeordnete im EU Parlament, László Kordás Leiter des Zentrums für den Sozialen Dialog, Ildikó Szűts, Generaldirektorin der Ungarischen Post, Dr. Botond Szebeny, Direktor für Internationale Angelegenheiten bei der UPU, Clemens Rode, FES.

Die Gewerkschaftsvertreter aus den beteiligten Ländern würdigten die Rolle von UNI Post und Logistics bei der politischen Auseinandersetzung um die 3. EU Postdienstrichtlinie. Sie machten deutlich, dass durch die Arbeit von UNI Post und Logistics und deren Mitgliedorganisationen gegenüber dem EU-Parlament und der EU-Kommission es gelungen ist, die politisch angestrebte sofortige Marktöffnung zu verhindern. Insofern ist das erreichte Zieldatum 2011 / 2013 ein Erfolg.

Die Gewerkschaftsvertreter aus den verschiedenen Ländern berichteten über die postpolitische Situation in ihren Heimatländern und über den Stand der nationalen Umsetzung der 3. EU Postdienstrichtlinie in nationales Recht.

Viele Fragen die sich aus der Umsetzung der 3. EU Postdienstrichtlinie ergeben sind nicht geklärt. So ist völlig offen wie ein umfassender, flächendeckender Universaldienst finanziert werden soll. Regelungen, nach denen Lohn- und Sozialdumping im Postsektor auszuschließen sind, fehlen in vielen Ländern.

Die Teilnehmer der Tagung informierten sich über den Stand der Liberalisierung, den Regulierungsvorgaben und den Wettbewerbsregeln in den EU-Mitgliedsstaaten. Die erworbenen Informationen sollen helfen, schlechte Erfahrungen zu vermeiden und gute praktische Lösung aus anderen Ländern national weiter zu verfolgen.

Die beteiligten Gewerkschaftsvertreter diskutierten Anforderungen an neue Anbieter bezüglich des Marktzutritts, die soziale Gestaltung des Wettbewerbs, die Gestaltung des Netzzugangs für neue Wettbewerber, die Gewährleistung des Universaldienstes und den Preisgestaltungsspielraum für Postunternehmen.

Im Herbst 2008 ist weltweit zunächst der Finanzsektor in eine tiefe Krise geraten. Inzwischen hat die Krise auch die Realwirtschaft erfaßt. Die neoliberale Wirtschaftsphilosophie, dass der Markt sich selbst reguliert, ist zusammengebrochen. Gier und ungehemmtes Profitinteresse haben viele Unternehmen und Staaten an den Rand des Abgrunds getrieben.

Die beteiligten Gewerkschaftsvertreter rufen dazu auf, eine Diskussion in Gang zu bringen, wie die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik neu definiert werden kann. Eine vorsorgende staatliche Wirtschaftspolitik im Postsektor muss sicherstellen, dass

Postdienstleistungen für alle Bürger zu erschwinglichen Preisen flächendeckend angeboten, Arbeitsplätze gesichert werden und Lohn- und Sozialdumping verhindert wird.

Budapest, am 30. Januar 2009

Polen

Tschechien

Slowakei

Bulgarien

Griechenland

Slowenien

Österreich

Kroatien

Serbien

Ungarn

UNI-Europa Post & Logistik